



Journal Soziale Sicherheit – Free SozSi !

1.	Kurzfassung	3
2.	Journal Soziale Sicherheit.....	4
2.1	Öffentlich finanzierte Inhalte sollten öffentlich zugänglich sein	4
2.2	Stärkung der Gesundheitskompetenz (Health Literacy)	4
2.3	Transparenz und Vertrauen in Institutionen.....	5
2.4	Gleichberechtigter Zugang zu Wissen.....	5
2.5	Digitalisierung sollte Zugang erleichtern – nicht einschränken.....	5
2.6	Nationalbibliothek als Workaround ist keine echte Lösung	5
2.7	Gesellschaftlicher Mehrwert über Fachkreise hinaus.....	6
2.8	Fazit	6
3.	Gründe für die Bezahlschranke	6
3.1	Was man konkret nachweisen kann	7
3.2	Wahrscheinliche Gründe (gut belegbare Muster)	7
	Grund 1: Klassisches Finanzierungsproblem von Content	7
	Grund 2: Positionierung als Fachjournal (nicht Bürgerinfo)	8
	Grund 3: Vermeidung von „Kosten ohne Nutzen“	8
	Grund 4: Institutionelle Logik (sehr wichtig!).....	9
3.3	Wie kostendeckend ist das realistisch?.....	9
3.4	Der entscheidende Punkt (politisch brisant).....	10
3.5	Starker argumentativer Hebel für deine ursprüngliche Position.....	10
3.6	Fazit	10
4.	Kontra: Warum eine Paywall wichtig und richtig ist	11
4.1	Gesetzlicher Auftrag ≠ Verpflichtung zu kostenloser Massenverbreitung	11
4.2	Differenz zwischen Bürgerinformation und Fachinformation	11
4.3	Qualitätssicherung kostet – und soll sichtbar bewertet werden.....	12
4.4	Wirtschaftlichkeit im Sinne des öffentlichen Auftrags.....	12
4.5	Zielgruppenlogik: Wer profitiert, soll zahlen	12
4.6	Zugriff ist nicht vollständig eingeschränkt	13
4.7	Steuerung der Kommunikation	13
4.8	Digitalisierung ≠ Gratisprinzip	14

4.9	 Was diese Gegenargumentation stark macht	14
4.10	 Wo sie angreifbar bleibt (kurz angedeutet).....	14
4.11	Fazit	14
5.	Pro: Warum die Paywall sachlich nicht haltbar ist.....	15
5.1	Gesetzlicher Auftrag impliziert Öffentlichkeit – nicht bloß Existenz	15
5.2	Fachinformation IST Bürgerinformation im Sozialstaat.....	15
5.3	Gesundheitskompetenz ist ein politisches Ziel – und wird hier aktiv behindert.....	16
5.4	Navigationskompetenz spart Kosten – die Paywall erzeugt das Gegenteil.....	16
5.5	„Wer profitiert, soll zahlen“ ist im Sozialstaat fehl am Platz	17
5.6	Symbolwirkung: Exklusion statt Transparenz	17
5.7	Das Effizienzargument hält empirisch kaum stand	17
5.8	„Formaler Zugang reicht“ ist ein überholtes Verwaltungsverständnis.....	18
5.9	Demokratische Dimension: Teilhabe an Gesundheitspolitik	18
6.	Wissen darf keine Schranke haben – warum die „Soziale Sicherheit“ frei zugänglich sein muss	19

Dieser Text wurde von mir als Laien und interaktiv mit ChatGPT-5.3 erstellt und kann natürlich Fehler enthalten. ChatGPT ist kein Experte für unser Gesundheitssystem, sondern nur eine Suchmaschine, die Silben aneinanderreihet. Und ich bin auch kein Experte. Korrekturhinweise und weitere Erklärungen werde ich freudig einarbeiten. Ich erkläre, keine relevanten Interessenkonflikte, aber als Patient und Bürger großes Interesse an einem guten, effizienten und zukunftsfähigen Gesundheitssystem zu haben.

1. Kurzfassung

Die **Soziale Sicherheit**, im Jahr 1948 gegründet, ist die Fachzeitschrift der österreichischen Sozialversicherungen. Sie wird vom [Dachverband der Sozialversicherungsträger](#) im Rahmen seiner gesetzlichen Aufgaben herausgegeben und wird in Fachpublikationen oft als „SozSi“ oder „SoSi“ bezeichnet. [1].

Das Journal wurde auf der Seite der SV publiziert [2] und konnte auch gegen einen Kostenbeitrag als Printausgabe bestellt werden. Mit einer Umstellung 2021 auf Quartalsausgaben wurden auch die frei zugänglichen Beiträge marginalisiert.

Die Jahrgänge ab 1948 sind gesammelt auf der Website der [Österreichischen Nationalbibliothek](#) einsehbar [3], auch vollständige aktuelle Versionen.

SozSi behandelt zentrale Fragen unseres Gesundheits- und Sozialversicherungssystems. Natürlich kann man argumentieren, dass die SozSi ein Fachjournal sei. Dass sich ihre Inhalte primär an Experten richten. Doch diese Trennung greift zu kurz. Denn gesundheitspolitische Entscheidungen betreffen nicht nur Fachkreise – sie betreffen uns alle. Und wer ernsthaft möchte, dass Bürger informierte Entscheidungen treffen, kann ihnen nicht gleichzeitig den Zugang zu vertiefenden Informationen verwehren.

Vor allem aber geht es auch um ein Prinzip: Das österreichische Gesundheitssystem basiert auf Solidarität. Es wird von allen finanziert und soll allen dienen. Dieses Prinzip darf nicht an der Schwelle zur Information enden.

[1] Wikipedia zur Zeitschrift „Soziale Sicherheit“

[https://de.wikipedia.org/wiki/Soziale_Sicherheit_\(Zeitschrift\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Soziale_Sicherheit_(Zeitschrift))

[2] Journal Soziale Sicherheit bei SV

<https://www.sozialversicherung.at/cdscontent/?contentid=10007.844961>

[3] Nationalbibliothek – Journal Soziale Sicherheit

<https://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?aid=sos>

2. Journal Soziale Sicherheit

Die Fachzeitschrift "Soziale Sicherheit" (SozSi) der österreichischen SV hat eine lange Geschichte. Während dieses Journal früher als Online-PDF erhältlich war, ist es seit einigen Jahren hinter einer Bezahlschranke. Digital-Scan-Versionen davon können aber bei der Nationalbibliothek eingesehen werden. Lass uns argumentieren, warum das Journal wieder frei zugänglich sein sollte. Auch, weil es ein zentraler Informationspunkt ist, der für alle Bürger interessant sein kann und welches bestimmt auch die Gesundheits- und Navigationskompetenz im Gesundheitswesen steigern würde.

Hier lässt sich eine ziemlich starke, sachlich fundierte Argumentation aufbauen—vor allem, weil es nicht nur um „Zugang zu einem Fachjournal“, sondern um öffentliche Daseinsvorsorge geht:

2.1 Öffentlich finanzierte Inhalte sollten öffentlich zugänglich sein

Die Fachzeitschrift *Soziale Sicherheit* wird im Umfeld der österreichischen Sozialversicherung erstellt, also letztlich aus öffentlichen Mitteln. Daraus ergibt sich ein klares Prinzip:

👉 Was öffentlich finanziert ist, sollte auch öffentlich zugänglich sein.

Ein Paywall-Modell widerspricht diesem Gedanken, weil Bürger:innen für Inhalte zahlen müssen, die sie indirekt bereits mitfinanziert haben.

2.2 Stärkung der Gesundheitskompetenz (Health Literacy)

Die Inhalte der Zeitschrift betreffen zentrale Themen wie:

- Leistungen der Sozialversicherung
- Gesundheitssystem und Reformen
- Prävention und Versorgung

Freier Zugang würde die sogenannte Gesundheitskompetenz stärken – also die Fähigkeit, Informationen zu verstehen und im eigenen Leben anzuwenden.

Das ist nicht nur ein individueller Vorteil, sondern auch ein systemischer:

- bessere Prävention
- weniger Fehlanwendungen im System
- effizientere Nutzung von Leistungen

👉 Ein informierter Bürger verursacht langfristig geringere Kosten im Gesundheitssystem.

2.3 Transparenz und Vertrauen in Institutionen

Gerade im Gesundheits- und Sozialbereich ist Vertrauen entscheidend. Wenn Informationen frei zugänglich sind:

- werden Entscheidungsprozesse nachvollziehbarer
- sinkt die Distanz zwischen Institution und Bevölkerung
- steigt die Legitimität politischer Maßnahmen

Eine Paywall wirkt hier kontraproduktiv:
Sie signalisiert Exklusivität statt Offenheit.

2.4 Gleichberechtigter Zugang zu Wissen

Aktuell besteht eine soziale Schieflage:

- Institutionen, Universitäten und Fachleute haben Zugang
- interessierte Bürger:innen oft nicht

Das widerspricht dem Grundprinzip eines solidarischen Systems.

👉 Wissen über Sozialleistungen und Gesundheitsversorgung sollte kein „Expertenprivileg“ sein.

2.5 Digitalisierung sollte Zugang erleichtern – nicht einschränken

Früher waren die Inhalte frei als PDFs verfügbar. Dass sie im Zuge der Digitalisierung hinter eine Paywall gewandert sind, ist eigentlich ein Rückschritt.

Digitale Technologien ermöglichen:

- breite Verfügbarkeit
- einfache Archivierung
- barrierearmen Zugang

Die aktuelle Situation nutzt dieses Potenzial nicht aus.

2.6 Nationalbibliothek als Workaround ist keine echte Lösung

Dass die Inhalte über die Österreichische Nationalbibliothek zugänglich sind, zeigt zwar ihren öffentlichen Wert –
aber:

- der Zugang ist umständlich
- nicht niederschwellig
- für viele Menschen faktisch unpraktikabel

👉 Ein moderner Informationszugang sieht anders aus.

2.7 Gesellschaftlicher Mehrwert über Fachkreise hinaus

Die Themen der Zeitschrift betreffen nicht nur Expert:innen:

- Patient:innen
- pflegende Angehörige
- Arbeitnehmer:innen
- ältere Menschen

Ein freier Zugang würde das Journal von einer Fachpublikation zu einer echten öffentlichen Ressource machen.

2.8 Fazit

Die Öffnung der *Sozialen Sicherheit* wäre kein bloßer Service, sondern eine strukturelle Verbesserung:

- mehr Transparenz
- höhere Gesundheitskompetenz
- gerechterer Zugang zu Wissen
- langfristig effizienteres Gesundheitssystem

Wenn du möchtest, kann ich daraus auch:

- ein kurzes Positionspapier
- einen offenen Brief
- oder Argumente für eine Petition formulieren.

3. Gründe für die Bezahlschranke

[Kannst du konkrete Gründe finden, warum SozSi mittlerweile hinter einer Bezahlschranke ist oder kannst du schätzen, wie kostendeckend der Preis des Journals für den Dachverband ist?](#)

Kurz gesagt: **Konkrete, öffentlich dokumentierte Gründe speziell für die Paywall der „Sozialen Sicherheit“ sind kaum transparent kommuniziert.** Aber man kann aus den verfügbaren Infos + allgemeinen Mustern ziemlich gut rekonstruieren, warum das passiert ist und wie die Ökonomie dahinter aussieht.

Ich trenne das sauber in zwei Teile: **(1) belegbare Hinweise** und **(2) fundierte Einschätzung/Modellrechnung**.

3.1 Was man konkret nachweisen kann

a) Die Zeitschrift wurde strukturell verändert

- Die *Soziale Sicherheit* erscheint heute nur noch **quartalsweise (seit 2021)**
- Es gibt **klare Zielgruppenansprache („Abonent*innen“)** und Einzelverkauf

👉 Das deutet stark auf eine **Professionalisierung + stärker marktorientiertes Modell** hin (weniger „Behörden-PDF“, mehr „Fachpublikation“).

b) Es existiert ein klassisches Vertriebsmodell

- Einzelpreise (z. B. englische Ausgabe ~6,50 €) werden aktiv angeboten

👉 Das heißt:

- Es wird bewusst **Erlös generiert**, nicht nur Information verbreitet
 - Es gibt eine **Zahlungsbereitschaftslogik** (typisch für Fachzeitschriften)
-

c) Kein öffentlich formulierter Transparenzgrund

Es gibt **keine leicht auffindbare offizielle Begründung** wie:

- „Budgetkürzung“
- „Digitalstrategie“
- „Kostendeckung notwendig“

👉 Das ist selbst schon eine wichtige Erkenntnis:

Die Paywall ist **nicht politisch breit begründet worden**, sondern eher administrativ eingeführt.

3.2 Wahrscheinliche Gründe (gut belegbare Muster)

Hier wird es interessant: Man kann sehr plausibel erklären, warum solche Journale generell hinter Paywalls wandern.

Grund 1: Klassisches Finanzierungsproblem von Content

Digitale Inhalte haben ein strukturelles Problem:

- Werbung bringt zu wenig Geld
- Print-Abos brechen weg

👉 Deshalb setzen viele Anbieter auf Paywalls, um **Redaktionskosten direkt zu finanzieren**

Übertragen auf die SozSi:

- Redaktion (Fachautor:innen, Lektorat, Layout) kostet real Geld
- Kein klassisches „Massenmedium“ → kaum Werbeeinnahmen

➡ Paywall = einfachste Lösung

Grund 2: Positionierung als Fachjournal (nicht Bürgerinfo)

Die Inhalte sind:

- juristisch
- gesundheitspolitisch
- systemisch komplex

👉 Typische Zielgruppen:

- Sozialversicherungsträger
- Jurist:innen
- Verwaltung
- Wissenschaft

➡ In dieser Logik gilt:

„Die Hauptzielgruppe kann zahlen“

Das ist ein klassisches **B2B-/Fachpublikationsmodell**, nicht Public-Service-Kommunikation.

Grund 3: Vermeidung von „Kosten ohne Nutzen“

Interne Logik könnte sein:

- Früher: viele Downloads, aber **keine messbare Wirkung**
- Heute: nur zahlende oder gezielt interessierte Leser

👉 Paywall dient auch als **Filter für „ernsthafte Publikum“**

Grund 4: Institutionelle Logik (sehr wichtig!)

Der Dachverband ist keine klassische Medienorganisation, sondern Verwaltung.

Das führt oft zu:

- Budgetdenken („jede Einheit soll sich rechtfertigen“)
- interner Druck auf Kostentransparenz
- „Warum gratis, wenn andere Fachjournale kosten?“

👉 Ergebnis: **Quasi-Verlag statt öffentlicher Informationsdienst**

3.3 Wie kostendeckend ist das realistisch?

Jetzt zur spannenden Frage: **Zahlt sich das überhaupt aus?**

Fixkosten (grob geschätzt)

Für eine kleine Fachzeitschrift:

- Redaktion + Koordination: 1–3 Personen
- Layout, Druck, Übersetzung
- Verwaltung

👉 realistisch: **100.000 – 300.000 € pro Jahr**

Einnahmenmodell (grob)

Angenommen:

- 500–2.000 Abonnenten
- Preis (geschätzt): 50–150 €/Jahr

👉 Einnahmen:

- niedrig: ~25.000 €
 - hoch: ~300.000 €
-

Realistische Schlussfolgerung

👉 Sehr wahrscheinlich:

- **nicht profitabel**
 - bestenfalls **teilweise kostendeckend**
 - Rest wird indirekt öffentlich finanziert
-

3.4 Der entscheidende Punkt (politisch brisant)

Wenn man das zusammenzieht:

👉 Die Paywall dient wahrscheinlich **nicht primär der Finanzierung**, sondern:

- der **internen Rechtfertigung von Kosten**
 - der **Positionierung als Fachmedium**
 - der **institutionellen Logik („nicht alles gratis“)**
 - evtl. auch der **Kontrolle über Verbreitung**
-

3.5 Starker argumentativer Hebel für deine ursprüngliche Position

Du kannst daraus ein sehr starkes Argument machen:

Wenn die Einnahmen vermutlich nur einen kleinen Teil der Kosten decken, dann ist die Paywall weniger ein wirtschaftliches Muss – sondern eine politische bzw. organisatorische Entscheidung.

Und daraus folgt:

👉 Man könnte sie **ohne großen finanziellen Verlust abschaffen**, mit potenziell großem gesellschaftlichem Nutzen.

3.6 Fazit

- Es gibt **keine klare offizielle Begründung** für die Paywall
 - Die Einführung passt aber perfekt zu bekannten Mustern:
 - Digitalisierung + Einnahmendruck
 - Fachjournal-Positionierung
 - Verwaltungslogik
 - Die Paywall ist **wahrscheinlich nicht entscheidend für die Finanzierung**, sondern eher ein strukturelles Nebenprodukt dieser Logik
-

Wenn du willst, kann ich dir als nächsten Schritt eine „**Gegenargumentation aus Sicht des Dachverbands**“ bauen – also die bestmögliche Rechtfertigung für die Paywall. Das hilft oft enorm, um die eigene Position noch schärfer zu machen.

4. Kontra: Warum eine Paywall wichtig und richtig ist

Versuch das und berücksichtige, dass laut Wiki SozSi im Rahmen der gesetzlichen Aufgaben des Dachverbands herausgegeben wird.

Gute Ergänzung – genau dieser Punkt („gesetzlicher Auftrag“) macht die Gegenargumentation deutlich anspruchsvoller und zugleich realistischer. Ich formuliere dir bewusst die **stärkstmögliche Verteidigung der Paywall aus Sicht des Dachverbands**, so wie sie intern oder politisch vertreten werden könnte:

4.1 Gesetzlicher Auftrag ≠ Verpflichtung zu kostenloser Massenverbreitung

Ja, die Zeitschrift wird im Rahmen der gesetzlichen Aufgaben des Dachverband der Sozialversicherungsträger herausgegeben.

👉 Aber daraus folgt nicht automatisch:

„Die Inhalte müssen frei im Internet verfügbar sein.“

Die juristisch saubere Argumentation wäre:

- Der Auftrag ist **Erstellung und fachliche Dokumentation**, nicht zwingend **kostenlose Distribution**
- Viele staatliche Leistungen sind ebenfalls kostenpflichtig (z. B. Registerauszüge, Fachpublikationen)

➡ Interpretation:

Der Auftrag ist erfüllt, sobald die Inhalte existieren und zugänglich sind – nicht zwingend frei.

4.2 Differenz zwischen Bürgerinformation und Fachinformation

Der Dachverband könnte klar unterscheiden:

👉 Was wirklich für alle gedacht ist:

- Webseiten
- Broschüren
- Serviceportale

👉 Was die *Soziale Sicherheit* ist:

- vertiefte Analysen

- juristische und gesundheitspolitische Fachbeiträge
- systeminterne Diskussionen

➡ Argument:

Die Zeitschrift ist kein Primärinstrument der Bürgerinformation, sondern ein Fachmedium.

Damit wäre eine Paywall logisch konsistent – ähnlich wie bei wissenschaftlichen Journals.

4.3 Qualitätssicherung kostet – und soll sichtbar bewertet werden

Ein starkes internes Argument wäre:

- Redaktionelle Qualität (Peer-ähnliche Prozesse, Fachautor:innen)
- Übersetzungen (z. B. englische Ausgabe)
- Lektorat, Layout, Druck

👉 Paywall erfüllt zwei Funktionen:

1. **Teilfinanzierung**
2. **Wertsignal**

➡ Dahinter steckt oft diese Logik:

„Was nichts kostet, wird weniger ernst genommen.“

4.4 Wirtschaftlichkeit im Sinne des öffentlichen Auftrags

Gerade weil es ein öffentlich finanzierter Bereich ist, könnte man argumentieren:

👉 Es besteht eine Pflicht zu **sparsamem Mitteleinsatz**.

Das bedeutet:

- Wenn eine Teilrefinanzierung möglich ist → soll sie genutzt werden
- Vollständige Gratisabgabe könnte als **unwirtschaftlich** gelten

➡ Politisch formulierbar als:

„Wir reduzieren die Belastung der Beitragszahler durch Eigenerlöse.“

4.5 Zielgruppenlogik: Wer profitiert, soll zahlen

Die Hauptnutzer sind wahrscheinlich:

- Institutionen
- Kanzleien
- Universitäten
- Sozialversicherungsträger

👉 Argument:

Diese Akteure nutzen die Inhalte beruflich und ziehen direkten Nutzen daraus.

➡ Daher:

- Kostenübernahme ist zumutbar
- keine soziale Barriere im engeren Sinn

4.6 Zugriff ist nicht vollständig eingeschränkt

Ein besonders wichtiger Punkt in der Verteidigung:

👉 Die Inhalte sind weiterhin öffentlich zugänglich – nur nicht bequem:

- über die Österreichische Nationalbibliothek
- über Archive / physische Exemplare

➡ Argument:

Es gibt keinen Informationsentzug, sondern nur eine andere Zugangsform.

Das ist juristisch und politisch ein sehr starkes Argument.

4.7 Steuerung der Kommunikation

Ein subtiler, aber realistischer Punkt:

Freier Zugang würde bedeuten:

- stärkere mediale Nutzung einzelner Artikel
- mögliche Fehlinterpretationen komplexer Inhalte
- Herauslösen aus dem Fachkontext

👉 Paywall wirkt hier auch als:

- **Kontextfilter**
- **Zielgruppensteuerung**

4.8 Digitalisierung ≠ Gratisprinzip

Ein moderner Verwaltungsstandpunkt könnte sein:

Digitalisierung bedeutet bessere Verfügbarkeit – nicht zwingend kostenlose Verfügbarkeit.

Viele staatliche digitale Services sind ebenfalls kostenpflichtig.

4.9 Was diese Gegenargumentation stark macht

Sie ist:

- juristisch haltbar
- verwaltungslogisch konsistent
- ökonomisch plausibel
- politisch verteidigbar

👉 Vor allem dieser Kern ist schwer zu knacken:

„Gesetzlicher Auftrag heißt nicht kostenlose Distribution.“

4.10 Wo sie angreifbar bleibt (kurz angedeutet)

Auch wenn du das nicht explizit verlangt hast – hier die Sollbruchstellen:

- „Zugang existiert“ ≠ **niederschwelliger Zugang**
 - Fachinformation im Sozialbereich hat **direkte Bürgerrelevanz**
 - geringe Einnahmen vs. hoher gesellschaftlicher Nutzen
 - moderne Open-Access-Standards im öffentlichen Sektor
-

4.11 Fazit

Die wahrscheinlich beste Verteidigung der Paywall ist keine rein finanzielle, sondern eine Kombination aus:

- **Auftragsinterpretation**
- **Zielgruppendefinition**
- **Effizienzargument**
- **Qualitäts- und Steuerungslogik**

Gerade der gesetzliche Auftrag wird dabei **nicht als Öffnungspflicht**, sondern als **Produktionsauftrag** interpretiert.

Wenn du möchtest, kann ich als nächsten Schritt eine „**harte Replik**“ auf **genau diese Argumente** formulieren – also Punkt für Punkt kontern, so wie in einer politischen oder akademischen Debatte.

5. Pro: Warum die Paywall sachlich nicht haltbar ist

Ja, lass uns eine harte Replik mit Betonung auf Teilhabe an Gesundheitspolitik und Navigationskompetenz im Gesundheitssystem machen.

Alles klar – dann formulieren wir eine **gezielte, pointierte Replik**, die genau dort ansetzt, wo die Gegenargumentation am verwundbarsten ist: **Teilhabe, Gesundheitskompetenz und demokratische Legitimation**.

5.1 Gesetzlicher Auftrag impliziert Öffentlichkeit – nicht bloß Existenz

Der *Dachverband der Sozialversicherungsträger* kann sich nicht darauf zurückziehen, dass Inhalte „irgendwo zugänglich“ sind.

👉 Im Kontext eines solidarischen Gesundheitssystems bedeutet Auftrag:

- Information **bereitstellen**
- Information **verständlich machen**
- Information **niederschwellig zugänglich machen**

➡ Eine Paywall widerspricht genau diesem dritten Punkt.

Zugang über Archive oder die Österreichische Nationalbibliothek ist kein adäquater Zugang im digitalen Zeitalter.

Das ist keine echte Öffentlichkeit, sondern formale Verfügbarkeit.

5.2 Fachinformation IST Bürgerinformation im Sozialstaat

Die Trennung „Fachmedium vs. Bürgerinfo“ ist im Gesundheitsbereich künstlich.

Warum?

- Entscheidungen über Leistungen betreffen direkt Versicherte

- Systemlogik beeinflusst individuelle Lebensrealitäten
- Reformen wirken sich konkret auf Versorgung aus

👉 Wer das System verstehen will, braucht genau diese Informationen.

➡ Daher:

Die *Soziale Sicherheit* ist kein Nischenprodukt – sie ist ein Schlüssel zur Systemkompetenz.

5.3 Gesundheitskompetenz ist ein politisches Ziel – und wird hier aktiv behindert

Gesundheitskompetenz (Health Literacy) ist in Österreich und EU-weit ein erklärtes Ziel.

👉 Dazu gehört:

- Informationen finden
- verstehen
- einordnen
- anwenden

Eine Paywall blockiert bereits den **ersten Schritt**.

➡ Das ist nicht neutral – das ist eine strukturelle Barriere.

Ein System, das Wissen kostenpflichtig macht, produziert informierte Institutionen und weniger informierte Bürger.

5.4 Navigationskompetenz spart Kosten – die Paywall erzeugt das Gegenteil

Ein zentrales, oft unterschätztes Argument:

👉 Wenn Menschen das System besser verstehen:

- nutzen sie Leistungen zielgerichteter
- vermeiden Fehlanträge
- reduzieren unnötige Arztkontakte

➡ Das spart Geld.

Eine Paywall hingegen:

- reduziert Zugang zu Systemwissen

- verstärkt Fehlsteuerung
- erhöht langfristig Kosten

Kurz gesagt: Die Paywall ist betriebswirtschaftlich kurzsichtig.

5.5 „Wer profitiert, soll zahlen“ ist im Sozialstaat fehl am Platz

Dieses Argument funktioniert bei privaten Gütern – aber nicht hier.

👉 Das Sozialversicherungssystem basiert auf:

- Solidarität
- kollektiver Finanzierung
- universellem Zugang

➡ Wissen über dieses System ist kein Luxusgut.

Es ist Teil der öffentlichen Infrastruktur – wie Straßen oder Bildung.

5.6 Symbolwirkung: Exklusion statt Transparenz

Eine Paywall sendet ein klares Signal:

- „Diese Inhalte sind nicht für alle gedacht“
- „Das System erklärt sich nicht öffentlich“

👉 Das untergräbt:

- Vertrauen
- Nachvollziehbarkeit
- demokratische Teilhabe

Gerade im sensiblen Gesundheitsbereich ist das problematisch.

5.7 Das Effizienzargument hält empirisch kaum stand

Selbst wenn die Paywall Einnahmen generiert:

👉 Realistisch:

- begrenzte Abonnentenzahlen
- geringe Skalierung
- Verwaltungsaufwand

→ Dem gegenüber steht:

- potenziell großer gesellschaftlicher Nutzen bei freiem Zugang

Der gesellschaftliche Return übersteigt sehr wahrscheinlich die Einnahmen.

5.8 „Formaler Zugang reicht“ ist ein überholtes Verwaltungsverständnis

Das Argument:

„Man kann es eh in der Bibliothek lesen“

ist im Jahr 2026 schlicht nicht mehr zeitgemäß.

👉 Moderne öffentliche Information bedeutet:

- sofort verfügbar
- digital
- barrierearm

Alles andere ist:

→ **strukturelle Exklusion durch Design**

5.9 Demokratische Dimension: Teilhabe an Gesundheitspolitik

Die vielleicht stärkste Linie:

👉 Gesundheitspolitik betrifft alle – aber:

- Debatten basieren auf Fachwissen
- dieses Wissen ist hinter einer Paywall

→ Ergebnis:

- Diskurs wird auf Expert:innen beschränkt
- Bürger:innen bleiben außen vor

Das ist eine demokratische Schiefelage.

Verdichtetes Kernargument

Wenn man alles zuspitzt:

Die Paywall der *Sozialen Sicherheit* ist kein notwendiges Finanzierungsinstrument, sondern eine strukturelle Barriere, die

- Gesundheitskompetenz schwächt
- Systemeffizienz untergräbt
- und demokratische Teilhabe einschränkt.

Strategisch stärkster Einzeiler

„Ein solidarisch finanziertes Gesundheitssystem darf sein Wissen nicht privatisieren.“

Wenn du willst, kann ich daraus noch etwas machen wie:

- ein **Meinungsartikel (Zeitung)**
- ein **Policy-Brief für Entscheidungsträger**
- oder eine **Petition mit klaren Forderungen**

Das Thema hat tatsächlich politisches Potenzial.

6. Wissen darf keine Schranke haben – warum die „Soziale Sicherheit“ frei zugänglich sein muss

[Versuch einen klaren Meinungsartikel aus Sicht eines Patientenvertreters.](#)

Schreiben

Titel: Wissen darf keine Schranke haben – warum die „Soziale Sicherheit“ wieder frei zugänglich sein muss

Als Patientenvertreter erlebe ich täglich, wie schwer es für Menschen ist, sich im österreichischen Gesundheitssystem zurechtzufinden. Es geht dabei nicht nur um medizinische Fragen, sondern um Zuständigkeiten, Leistungen, Ansprüche – kurz: um das Verständnis eines Systems, das für alle da sein sollte, aber oft nur von wenigen wirklich durchschaut wird.

Genau hier kommt die Fachzeitschrift *Soziale Sicherheit* ins Spiel. Sie wird vom Dachverband der Sozialversicherungsträger herausgegeben und behandelt zentrale Fragen unseres Gesundheits- und Sozialversicherungssystems. Früher frei zugänglich, ist sie heute hinter

einer Bezahlschranke verschwunden. Das mag verwaltungstechnisch begründbar erscheinen – ist aber aus Sicht der Patient ein klarer Rückschritt.

Denn Wissen über das System ist kein Spezialinteresse. Es ist eine Voraussetzung für Selbstbestimmung.

Wer seine Rechte nicht kennt, kann sie nicht einfordern. Wer Abläufe nicht versteht, trifft schlechtere Entscheidungen. Und wer nicht weiß, welche Leistungen ihm zustehen, verzichtet im Zweifel auf Unterstützung, die dringend gebraucht wird.

In der politischen Diskussion ist oft von „Gesundheitskompetenz“ die Rede. Gemeint ist damit die Fähigkeit, Informationen zu finden, zu verstehen und für sich zu nutzen. Doch genau diese Fähigkeit wird untergraben, wenn zentrale Informationsquellen nicht frei zugänglich sind.

Es ist widersprüchlich: Einerseits wird mehr Eigenverantwortung von Patient gefordert, andererseits wird ihnen der Zugang zu systemrelevantem Wissen erschwert.

Natürlich kann man argumentieren, dass die *Soziale Sicherheit* ein Fachjournal sei. Dass sich ihre Inhalte primär an Experten richten. Doch diese Trennung greift zu kurz. Denn gesundheitspolitische Entscheidungen betreffen nicht nur Fachkreise – sie betreffen uns alle. Und wer ernsthaft möchte, dass Bürger informierte Entscheidungen treffen, kann ihnen nicht gleichzeitig den Zugang zu vertiefenden Informationen verwehren.

Der Hinweis, dass die Inhalte über die Österreichische Nationalbibliothek einsehbar sind, überzeugt ebenfalls nicht. Ein moderner Zugang zu Wissen darf nicht davon abhängen, ob jemand Zeit, Ort und Kenntnis hat, um Archive zu nutzen. Niederschwellige digitale Verfügbarkeit ist heute kein Luxus mehr, sondern Standard.

Auch das Argument der Kostendeckung überzeugt nur bedingt. Selbst wenn die Paywall Einnahmen generiert, stellt sich die Frage, ob diese den gesellschaftlichen Nutzen eines freien Zugangs überwiegen. Ein besser informierter Patient vermeidet Fehlwege im System, nutzt Leistungen zielgerichteter und trägt damit langfristig zur Effizienz bei. Der volkswirtschaftliche Nutzen von zugänglichem Wissen ist real – und wird oft unterschätzt.

Vor allem aber geht es um ein Prinzip: Das österreichische Gesundheitssystem basiert auf Solidarität. Es wird von allen finanziert und soll allen dienen. Dieses Prinzip darf nicht an der Schwelle zur Information enden.

Ein System, das Wissen hinter Bezahlschranken stellt, sendet ein falsches Signal. Es sagt: Verstehen ist optional. Informiert sein ist Sache der Expert. Für ein öffentliches Gesundheitssystem ist das zu wenig.

Die *Soziale Sicherheit* sollte wieder das werden, was sie einmal war: eine frei zugängliche Ressource für alle, die unser Gesundheitssystem verstehen wollen – nicht nur für jene, die es beruflich nutzen.

Denn echte Teilhabe beginnt mit Zugang zu Wissen.